

Jahrzehntelang großzügig, aber nicht auf Dauer strapazierbar

Milton Lutabana ist Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation Community Animation Centre of Tanzania (CACT). Übersetzung/ Zusammenfassung von Elisabeth Hartmann-Runge (Ökumenebeauftragte im Kirchenkreis Lübeck)



Tansanias Rolle im regionalen Flüchtlingsdrama

Im Zusammenhang einer Schulpartnerschaft reiste Elisabeth Hartmann-Runge im Juli 2007 für drei Wochen nach Tansania. In Mwanza (am Victoria-See) hatte sie Gelegenheit, sich nach der Situation von Flüchtlingen in diesem Land und seiner politischen Rolle im regionalen Kontext zu erkundigen.

Der folgende Bericht ist die Zusammenfassung eines Artikels von Milton Lutabana, Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation Community Animation Centre of Tanzania.

Sie ist über den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in der englischen Originalfassung erhältlich.

Tansania ist mit einer Fläche von 945 087 km² (vgl. 2,5 mal so groß wie Deutschland) das größte ostafrikanische Land mit einer Bevölkerung von ca. 39 Mio. Menschen. Sie wächst pro Jahr um 2,9 Prozent. Tansania zählt hinsichtlich der Schuldenlast zu den 10 ärmsten Ländern der Welt.

Seit über dreißig Jahren beherbergt die Vereinigte Republik von Tansania Flüchtlinge, die zu Hunderttausenden aus den westlichen Nachbarländern Ruanda, Burundi und (der heutigen Demokratischen Republik) Kongo kamen. Zeitweilig führten diese Flüchtlingsströme in einigen tansanischen Regionen zu einem Bevölkerungsanstieg von über 50 Prozent.

Gemeinsam mit dem UNHCR, den UN, internationalen Partnern und NGOs richtete Tansania im Westen und Nordwesten des Landes elf Flüchtlingslager ein und entwickelte Maßnahmen zur Grundversorgung und zur Bewältigung dieser monumentalen Herausforderung: Mit über 800.000 Flüchtlingen weist das Land eine sehr hohe Flüchtlingsquote auf.

Davon lebten im vergangenen Jahr etwa 485.600 Menschen in den Flüchtlingslagern, 200.000 in selbst organisierten Ansiedlungen, und eine ebenso hohe Zahl hat sich – nach Schätzungen der Regierung – spontan in tansanischen Dörfern angesiedelt. Hinzu kommen clandestine Flüchtlinge in den urbanen Regionen.

Herkunftsländer und Fluchtursachen

Kriege, bewaffnete Konflikte und diktatorische Regime in Ruanda, Burundi und dem Kongo trieben Hunderttausende in die Flucht. Auch aus Somalia und Äthiopien ist legale und illegale Migration nach Tansania zu verzeichnen.

Tansania ist reich an Rohstoffen (u.a. Gold, Diamanten Tansanit, Erdgas). Nationalparks und Kulturgüter tragen zum nationalen Einkommen bei. Die Fischereiwirtschaft an den drei großen Seen (Viktoria, Tanganyika und Nyasa), sowie entlang des Indischen Ozeans, an Flüssen und in Feuchtgebieten ist ebenfalls eine wichtige nationale Einkommensquelle. Aus diesen Gründen setzen Flüchtlinge und MigrantInnen große Hoffnungen auf dieses Land. Zudem versteht sich Tansania auf dem afrikanischen Kontinent als Nation des Friedens („Nation Peace in nature“) und gilt als politisch sehr stabil.

Staatliche Flüchtlingspolitik zwischen humanitärer Verantwortung und außen- und innenpolitischen Interessen

Die Vereinigte Republik Tansania verfolgt mit ihrer Flüchtlingspolitik drei Interessen gegenüber ihren Nachbarn: den Aufbau guter und friedvoller Beziehungen; den Schutz des Landes als Friedensnation und die Beachtung und Einhaltung internationaler Menschenrechtsgrundlagen für Flüchtlinge und Migranten.

TANSANIA



Friedenspolitik ist Prävention gegen Fluchtursachen. Der regionale Dialog zielt auf die Verwirklichung der Vision von der Föderation ostafrikanischer Länder, und das Land hatte maßgeblichen Einfluss auf die Prozesse zur Demokratisierung in Ruanda, Burundi und in der Demokratischen Republik Kongo. Und so nutzte Tansania 2006 die einmonatige Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrats, um die friedenspolitische Agenda in der Region zu fokussieren.

Ebenso wichtig ist die kontinentale wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Armut im Sinne der New Partnership for African Development (NEPAD).

Der Aufbau effizienter Sicherheits- und Verteidigungsorgane; verbesserte Konzepte zur Bekämpfung von Kriminalität und zur Kontrolle der Ausbreitung von Kleinwaffen; sowie verstärkte Maßnahmen zur Identitätskontrolle sollen zur Stabilisierung der „Nation peace in nature“ dienen und illegale Einwanderung aus den Nachbarländern verhindern. Zukünftig sollen Maßnahmen zur Rückführung von Flüchtlingen verstärkt werden. Begonnen wurde damit 2006.

Diese Maßnahmen sind nicht unumstritten und werden immer wieder von Betroffenen konterkariert.

Zur Situation in den Flüchtlingslagern

Medizinische Versorgung: In den Flüchtlingslagern gibt es je ein Krankenhaus und vier Gesundheitsposten, in denen kostenlos täglich 500-800 PatientInnen versorgt werden (Behandlung, Impfungen). Kampagnen zur HIV/AIDS

- und Malaria-Aufklärung werden ebenfalls durchgeführt.

Grundversorgung: Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Wasserversorgung erfolgen über den UNHCR und andere Agenturen entsprechend der internationalen Mindeststandards. In der Regel werden pro Kopf täglich 15 Liter Trinkwasser aus Quellen, die regelmäßig kontrolliert werden, zugeteilt. Die Kleiderversorgung ist sehr unzureichend.

In jedem der elf Lager gibt es eine Betreuungseinrichtung, an die sich die Flüchtlinge wenden können.

Bildung: Die nationale Flüchtlingspolitik misst der schulischen Versorgung großes Gewicht bei. Zugleich setzt sie auf die Rückführung in die Heimatländer. Entsprechend erfolgt die Grundschulbildung (Klasse 1-7) in Abstimmung mit den Lehrplänen der Herkunftsländer. Dabei wird das Land durch UNICEF und den UNHCR unterstützt. Die Quote der Schulabsolventen liegt im Durchschnitt bei 90 Prozent. Die materiellen Bedingungen sind allerdings äußerst prekär (Gebäude, Lehrmittel, Mangel an qualifizierten Lehrkräften).

Hinsichtlich der höheren Schulbildung fordert die Regierung internationale Unterstützung für spezielle Bildungseinrichtungen in den Lagern. In Einzelfällen gelingt die Aufnahme in lokalen Schulen. Das ist rechtlich nicht vorgesehen und ist der Initiative lokaler Verwaltungen zu verdanken. Da Sekundarschulen zudem kostenpflichtig sind und bürokratische Aufnahmeverfahren erfordern, ist de facto den meisten Flüchtlingen der Zugang zu höherer Bildung verwehrt – im Widerspruch zu den Mindeststandards,

die in den nationalen Statuten zur Flüchtlingspolitik formuliert sind. Hier steht eine offizielle staatliche Regelung aus.

Dem steht freilich auch entgegen, dass ein englischsprachiger Abschluss hinsichtlich des politischen Zieles der Rückführung nach Burundi und die Demokratische Republik Kongo – beide mit Französisch als Amtssprache – als nicht förderlich angesehen wird.

Nichtstaatliche Flüchtlingshilfe

In 2002 wurde die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen als wesentlicher zivilgesellschaftlicher Bestandteil staatlich anerkannt. Dazu zählt auch die nichtstaatliche Flüchtlingshilfe von landesweit ca. 30 Organisationen. Sie können wichtige Erfolge verbuchen hinsichtlich der Anwaltschaft und für die Flüchtlinge. Sie haben sich für eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem UNHCR eingesetzt. In Kampagnen zu den Rechten und Aufgaben der Flüchtlinge wird die Öffentlichkeit sensibilisiert und für Solidarität geworben.

Dennoch mangelt es vielerorts an technischen Voraussetzungen und materiellen Ressourcen, um gut vernetzt und effizient arbeiten zu können. Das betrifft insbesondere den Internetzugang. Viele Organisationen wünschen sich breitere inhaltliche und methodische Fortbildung in Menschenrechtsfragen.

Fotos: E. Hartmann-Runge